

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

22.11.1924 (No. 274)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatanzeiger:  
Chefredakteur  
C. K. v. d. G.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und anwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,80 Goldmark — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen ist die Zeitrechnung und Kontoverfahren falls der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umterlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluss erfolgen.

### \* Frankreich und wir

In verschiedenen deutschen Zeitungen und Zeitschriften, so z. B. in dem Leitartikel von Felix Stöfänger in der letzten Nummer der „Weltbühne“, wird Propaganda gemacht für ein Sandinhandgehen Frankreichs und Deutschlands. Die Argumente dafür lassen sich durchaus hören. Mit dem Londoner Abkommen sei die Reparationsfrage noch lange nicht geregelt und der Wiederaufbau Deutschlands und des europäischen Kontinents noch nicht gesichert. Drei Probleme gebe es noch, die der Erledigung harren: der internationale Schuldenausgleich, die Unterbringung der sogenannten Dawes-Obligationen und die Festlegung der deutschen Schuldsomme. In allen diesen Fragen seien Frankreich und Deutschland, da ja beide Schuldnerstaaten seien, aufeinander angewiesen. Jeder Erfolg, den Frankreich bei der Regelung der interalliierten Schulden erlinge, sei auch ein Erfolg für Deutschland, und umgekehrt, jeder Mißerfolg Frankreichs eine Belastung Deutschlands. Je weniger Frankreich zu zahlen habe, umso weniger habe auch Deutschland zu zahlen.

Schon allein daraus folgere die Notwendigkeit einer aktiven deutschen Außenpolitik im Sinne eines Zusammenwirkens mit Frankreich, unter selbstverständlicher Angliederung der Kleinen Entente, wie überhaupt aller Kontinentalstaaten schließlich, da alle diese Staaten im Gegensatz zu England und Amerika Schuldnerstaaten seien. Die Unterbringung der Dawesobligationen aber und die Beantwortung der Frage nach der deutschen Gesamtschuld würden sehr erleichtert werden, wenn dieses kontinentale Staatensystem in irgend einer Form Tatsache werde. Also Trennungslinie zwischen den angelsächsischen Mächten einerseits und dem europäischen Kontinent andererseits, der hier als ein wirtschaftliches Ganzes aufgefaßt wird.

Nebenher wird in den Artikeln dargelegt, daß der Kontinent an einer starken Militärmacht in Frankreich geradezu interessiert sei, da diese Militärmacht allein die Unterwerfung Europas unter den Willen Englands verhindern werde.

Wie gesagt: diese Argumente lassen sich hören. Und grundsätzlich haben auch wir an dieser Stelle von jeder bei gleichzeitiger scharfer Ablehnung französischer Vergewaltigungspolitik immer betont, daß der nächste deutsche Staatsmann darauf Bedacht nehmen müsse, stets zwei Eisen im Feuer zu haben, das englische und das französische, und daß deshalb ein vernünftiges Arrangement mit Frankreich durchaus den Grundgedanken einer überlegenen deutschen Staatskunst entspreche. Solange aber jene französische Vergewaltigungspolitik dominierte, konnte man von den wünschenswerten Auswirkungen und Möglichkeiten eines solchen Arrangements nur akademisch sprechen.

Hier ist nun seit dem Sieg der Linken in Frankreich, seit Herriots Ministerpräsidentenschaft zweifellos eine Änderung eingetreten. Berechtigt bleibt jedoch immer noch der Zweifel, ob diese Änderung bedeutsam und einschneidend genug sein wird, um eine Politik auf der Grundlage der oben ausgeführten Ideen anbahnen zu können. Wir wollen uns dabei durch gewisse nationallistische Ausschreitungen drüben wie hüben den klaren Blick nicht verwirren lassen. Viel wichtiger ist die Stellungnahme Frankreichs in den politisch und moralisch wirklich ausschlaggebenden Punkten, so z. B. in der Angelegenheit der Räumung des Ruhrgebiets und der Anerkennung, daß die im Versailles Vertrag vorgesehenen Befristungen schon seit Jahren zu laufen begonnen haben, oder in der Angelegenheit der Verwendung schwarzer Truppen am Rhein, die mit Recht von jedem Deutschen als eine Schmach empfunden wird, oder in den zurzeit schwebenden deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen oder in dem Fall Rathusius.

Jedenfalls wird die deutsche Außenpolitik, wenn sie nicht gerade Herrn Lindendorff oder Herrn Bulke zu Leitern haben sollte, nicht schuld daran sein, wenn ein friedliches Arrangement mit Frankreich auf breiter Basis nicht zustande kommt. Frankreichs Sache ist es, durch eine Politik der Mäßigung und durch eine Diplomatie der Bedenklichkeit nach und nach die Qualereien vergessen zu machen, unter denen das deutsche Volk über fünf Jahre lang nach dem Friedensschluß gelitten hat. Und ferner muß eine Berücksichtigung werden, wenn man Ideen, wie die oben geschilderten in den Bereich ernsthaft

ter politischer Erwägungen aufnehmen wollte, nämlich, daß dieses wirtschaftlich geeinigte Europa nun und nimmer ein von Frankreich imperialistisch beherrschtes Europa sein dürfte. Ein europäischer Staatenbund wäre durchaus ein Ziel, dem die Staatskunst der Kontinentalmächte zustreben könnte. Aber seine selbstverständliche Voraussetzung wäre die Gleichberechtigung und die entschiedene Abweisung aller französischer Hegemoniepläne. Daß in einem solchen Staatenbund für Frankreich und Deutschland Platz wäre, und daß beide dabei wirtschaftlich auf ihre Kosten kämen, daran ist wohl nicht zu zweifeln.

### Zum Fall Rathusius

Im Auftrage der Reichsregierung hat der Vorkassenssekretär v. Antelen an der Kriegsverhandlung gegen den General v. Rathusius in Lille teilgenommen. Er wird in aller nächster Zeit in Berlin zur Berichtserstattung eintreffen. Die Reichsregierung wartet den Bericht ihres Vertreters über das ganze Verfahren in Lille ab, bevor sie sich über etwaige weitere Schritte in der Angelegenheit schlüssig wird. Nach Brestemeldungen hat die deutsche Regierung, in der festen Überzeugung, daß sich die völlige Unschuld des Generals v. Rathusius herausstellen werde, diesen in der Durchführung des Protestprozesses in jeder Weise unterstützt. Ihre Bemühungen wurden jedoch durch die überstürzte Aufhebung des Verhandlungsstermins vereitelt, der es unmöglich machte, in der kurzen Zeit das nötige Entlastungsmaterial und weitere Entlastungszeugnisse heranzubringen. Die Regierung wird alles tun, was in ihrer Kraft steht, um die Sache im Interesse des Generals und der deutschen Ehre weiter zu betreiben. In der unglücklichen Beschuldigung der Verleumdung liegt ein Formfehler, der die Annulierung der Revision ermöglicht.

W. Paris, 22. Nov. Habas meldet aus Lille: Rechtsanwalt Nicolai hat sich gestern in das Gefängnis begeben, wo er sich mit Rathusius unterhielt. Dieser habe auf seinen Rat ein Revisionsgesuch unterzeichnet, das sich auf gewisse prozessuale Unregelmäßigkeiten des Verfahrens stützt. Der Gefangene, der wahrscheinlich noch solange als Gefangener Erleichterungen genießen wird, bis seine Revision erledigt ist, hat wiederum gegen seine Beurteilung protestiert und sich als unschuldig bezeichnet. Sollte die Revision verworfen werden, so wird — wie Habas schreibt — Rechtsanwalt Nicolai ein Gnabengesuch an den Präsidenten der Republik richten.

W. Paris, 22. Nov. „Le Nouveau“ beschäftigt sich wiederum mit dem Fall Rathusius. Das Blatt schreibt: Bei der Affäre Rathusius hätten wir eigentlich die Verpflichtung gehabt, nichts zu unternehmen. Wir stehen jetzt wiederum am Vorabend der deutschen Reichstagswahlen, deren Ergebnis in gewissem Maße bestimmend sein wird für das, was sich auch bei uns vorbereiten wird. Das Urteil von Lille kann die Wahl von 30 deutschen Nationalisten bedeuten. Jedenfalls muß der Effekt dieses Urteils, das schon jetzt ausgebeutet wird, beseitigt werden.

W. London, 22. Nov. Der Verleger Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu dem Urteil gegen Rathusius: „Von neuem habe die französische Affäre das Wunder erreicht, die deutsche Nation zu einigen. Unter den Parteien und Klassen Deutschlands herrsche die allgemeine unbedingte Überzeugung, daß Rathusius nicht hätte vor ein Kriegsgericht gestellt werden dürfen.“

Owen Young, der bisherige Generalagent für die Reparationszahlungen, hat dem „Welt Parisien“ zufolge bei seiner Rückkehr nach Amerika Journalisten gegenüber erklärt, daß der Sachverständigenplan mit größerem Erfolg durchgeführt worden sei, als seine Schöpfer gehofft hätten. Der Plan habe das Vertrauen zu Deutschland wieder hergestellt. Deutschland werde im nächsten Jahre eine neue Anleihe nicht aufnehmen brauchen. Er gab schließlich seinem Optimismus dahin Ausdruck, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas in Kürze vollendet sein werde.

Die Umorganisation der Deutschen Rentenbank. Der Reichspräsident richtete anlässlich der Umorganisation der Deutschen Rentenbank an den Präsidenten Lenke ein Schreiben, worin er an die Gründung der Deutschen Rentenbank am 18. Oktober v. J. und an die Ausgabe der ersten Rentenbankcheine vom 16. November v. J. erinnert, die Bedeutung der Gründung der Rentenbank und ihren Anteil an der Gesundung der deutschen Währung und Wirtschaft würdigt und dem Präsidenten, dem Vorstand der Bank, sowie den Mitgliedern des Verwaltungsrates für ihre erfolgreiche Tätigkeit an der alten Rentenbank den Dank des Reiches ausspricht.

Das durchgeführte Alkoholverbot. Die Feinde des Alkoholverbotes in Amerika ainen auf; von jetzt ab können sie, ohne das Gesetz zu verletzen, zu Hause alkoholhaltige Getränke herstellen, ohne Rücksicht auf den Prozentsatz des Gehaltes. Dieser Erfolg ist das Resultat eines Urteils in der Prozeßsache des Abgeordneten Hill, der ein eingetragener Gegner des Alkoholverbotes, den Behörden wiederholt Troß geboten und sogar den Prohibitionsbeamten Spirituosen, die er zu Hause fabriziert hatte, bei Festlichkeiten vorsetzte. Er wurde schließlich in Anklagezustand versetzt. Am Tage der Verhandlung jedoch erklärte der Richter, daß das Alkoholverbot keine Anwendung auf zu Hause hergestellte Spirituosen finde.

### Die Erhöhung der Beamtenegehälter

Zur vorgenommenen Erhöhung der Beamtenegehälter meldet die „Frankf. Zeitung“ aus Berlin, daß man in Regierungskreisen glaubt, im gegenwärtigen Zeitraum keine größeren Zugeständnisse vertreten zu können und dies mit der Rücksicht auf die Wirtschaft und die Reichsbahn begründet. Die finanzielle Lage der Reichsbahn sei noch derartig, daß stärkere Erhöhungen stattfinden könnten, zumal da der Reichsbahn jetzt durch die Instandsetzung der von der Regie heruntergewirtschafteten Strecken und des von der Regie verwalteten Materials große Ausgaben erwachsen würden. Die Eisenbahn würde durch die zu starke Erhöhung der Gehälter zu Tarifserhöhungen gezwungen sein, was wieder neue Löhne und Gehaltserhöhungen hervorrufen würde. Auch die Rücksicht auf die Länder und namentlich die finanziell größtenteils noch nicht genügend gestärkten Gemeinden wird als Begründung für das Maß der gegenwärtigen Gehaltserhöhung angeführt.

An einigen Beispielen mag erläutert werden, wie sich die Gehaltserhöhungen auswirken: Ein lediger Beamter der Gruppe III (Schaffner) bezog bisher — nach Abzug der Steuer unter Einrechnung des Wohnungsgeldes — 110 Mark, künftighin erhält er 121 Mark. Im Endgehalt dieser Gruppe beträgt die Erhöhung 14 Mark, so daß der ledige Beamte künftighin 156 Mark bekommt. Ein verheirateter Beamter mit zwei Kindern erhält künftighin 205 Mark. In Gruppe V (Assistenten und Zugführer) beträgt das Endgehalt des ledigen Beamten künftighin 206 Mark (18 Mark mehr als bisher). Ein verheirateter Beamter mit zwei Kindern bekommt 259 Mark (25 Mark mehr). In Gruppe VIII (Inspektoren; Vorklassifikation der Obersekretäre) erhält der ledige Beamte künftighin 384 Mark (28 Mark mehr), der verheiratete mit zwei Kindern 422 Mark (34 Mark mehr). In Gruppe XI (ältere Regierungsräte) beträgt das Endgehalt des ledigen Beamten jetzt 609 Mark (47 Mark mehr), das des verheirateten Beamten mit zwei Kindern 677 Mark (55 Mark mehr). In Gruppe XIII beträgt das Anfangsgehalt künftighin rund 680 Mark, das Endgehalt 870 Mark, für verheiratete mit zwei Kindern kommen noch 50 Mark hinzu.

Während die ledigen Beamten bisher nur etwa 80 Prozent der Friedensnominalgehälter erreichten, werden sie auch nach der neuen Regelung mit rund 90 Prozent noch unter den Friedensnominalgehältern bleiben. Dagegen werden nach der jetzigen Festlegung der verheirateten Beamten mit zwei Kindern die Friedensnominalgehälter zum Teil überschritten. So beträgt in Gruppe VII die jetzige Besoldung 126 Prozent des Friedensnominalgehalts, in Gruppe VIII 102 Prozent, Gruppe XI erreicht mit 96 Prozent noch nicht das Friedensnominalgehalt. Die Kosten der jetzigen Erhöhung betragen auf das Jahr umgerechnet 170 Millionen. Die letzten vor einiger Zeit getroffenen Maßnahmen, die die Erhöhung der Ortsklassen und die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses brachten, hat 69 Millionen gekostet. In diesen beiden Zahlen sind jeweils Beiträge von Renten und Versorgungsbezüge eingerechnet, dagegen sind nicht in Betracht gezogen die Kosten für Gehaltserhöhung bei den sich selbst erhaltenden Betrieben wie Post und Eisenbahn.

Die Spitzenorganisationen der deutschen Beamtenschaft (mit Ausnahme der höheren Beamten) haben an den Reichsrat folgendes Protesttelegramm geschickt:

„Die deutsche Beamtenschaft erhebt gegen die vom Reichsfinanzministerium vorgelegte Besoldungs-Neuregelung Einspruch. Die für die Beamten der unteren und mittleren Gruppen vorgesehenen Zulagen sind völlig unzureichend. Vom Reichsrat wird erwartet, daß er die Zulagen so bemißt, wie die wirtschaftliche Not dieser Beamten es erfordert.“

Die Organisationen wollen außerdem am heutigen Samstag noch einmal beim Reichsminister und beim Reichsfinanzminister vorstellig werden.

Der „Vorwärts“ erfährt, daß die württembergische Regierung ihren Gesandten in Berlin beauftragt habe, für die Besoldungsgruppen 1-8 mindestens die doppelte Aufbesserung zu verlangen, wie sie für die mittleren und höheren Gruppen vorgesehen ist.

### Die Verhandlungen mit den Reichsarbeitern

Im Reichsfinanzministerium wurde am Freitag über die Erhöhung der Löhne der Reichsarbeiter (ausgenommen von Eisenbahn und Post) verhandelt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung des Stundenlohns um 10 Pfennig. Die Streitfrage liegt hauptsächlich in der Forderung, daß diese Erhöhung bereits mit Wirkung vom 1. Oktober an eintreten soll, während die Regierung sie erst vom 1. Dezember an zugehen will.

Wie der „Vorwärts“ meldet, hat die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahngesellschaft bei den Verhandlungen mit den Eisenbahnerorganisationen über die Personalordnung der Reichsbahnen eine Reihe von Anträgen der Organisationen abgelehnt und die Organisationen ersucht, trotzdem die Personalordnung anzunehmen. Die Vertreter der Verbände erwiderten, daß sie die Personalordnung ablehnen und sich vorbehalten, ihre Mitglieder darüber zu unterrichten.

Die vor einigen Wochen vertagten Lohnverhandlungen der Lohnempfänger der deutschen Reichspost wurden am Freitag fortgesetzt. Die durch den deutschen Verkehrsverband und durch die christliche Volksgemeinschaft vertretenen Lohnempfänger verlangten eine allgemeine Aufbesserung der Löhne um 25 Prozent.

# Politische Neuigkeiten

## Der Reichshaushalt

Der Nachtragsetat zum Reichshaushalt für 1924 wurde am Freitag vom Reichstag angenommen. Unter Hinzurechnung der Ziffern dieses Nachtragsetats gestaltet sich der bekanntlich vom Reichstag noch nicht erledigte Haushalt des Reiches wie folgt:

Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6 Milliarden Mark ab. Der ordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung weist 5,3 Milliarden Mark an Einnahmen auf, denen an Ausgaben 5,1 Milliarden Mark gegenüberstehen und zwar 4,9 Milliarden an fortwährenden und 250 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben, so daß sich ein Überschuf von 181 Millionen Mark ergibt. Der außerordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung zeigt einen Ausgabebelast von 664,6 Millionen Mark, der gedeckt wird durch Einnahmen in Höhe von 252,5 Millionen, durch einen Zuschuf von 64 Millionen aus dem Überschuf des ordentlichen Haushalts und durch den Anleihebetrag von 348 Millionen gegenüber dem bisherigen Anschlag von 469,7 Millionen. Da dieser Ersparnis von 121,6 Millionen ein Mehrbedarf von 53,3 Millionen gegenübertritt, so verringern sich die Abschlußziffern des außerordentlichen Haushalts tatsächlich nur um 68,4 Millionen Mark von 733 auf 664,6 Millionen.

Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages weist, abgesehen von den aus der Jahresleistung zu bestreitenden Reparationslasten eine Gesamtausgabe von 466,5 Millionen gegen bisher 641,5 Millionen auf. Durch Einnahmen nicht gedeckt sind 466 Millionen gegen bisher 640 Millionen. Davon werden 118,9 Millionen aus dem Überschuf der allgemeinen Reichsverwaltung gedeckt; 348 Millionen sind als Fehlbetrag auf die Anleihe zu nehmen.

Für das Rechnungsjahr 1924 ist demnach das Gleichgewicht des Reichshaushaltsplanes noch nicht hergestellt. Es ist aber zu hoffen, daß dieser Fehlbetrag eine beträchtliche Verringerung erfahren wird. Jedenfalls weisen die Einnahmen des Reiches bis Mitte November einen Überschuf auf, und es kann, wie der Berichterstatter des Reichsrates ausführte, gehofft werden, daß die Einnahmen trotz Herabsetzung der Steuern es gestatten werden, den Fehlbetrag ganz oder zum großen Teil zu beseitigen.

Aus dem Nachtragsetat zum Reichshaushalt für 1924 ist im einzelnen noch zu erwähnen, daß die Dienstauswandsgebühren des Reichsanzlers und der Reichsminister erhöht werden sollen und daß an einmaligen Ausgaben u. a. Zuschüsse gefordert werden zu den Kosten der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft für die Zwecke studentischer Wirtschaftshilfe, für Notstandsbeihilfen, für Wohn- und Siedelungswesen, für die Rhein-Main-Danau-A.-G., für die Fortsetzung von Kanalbauten und für Erweiterung der Beteiligungen an Kraftwerks- und Elektrizitätsgesellschaften. Der Berichterstatter des Reichsrates hob hervor, daß in Zukunft infolge der Reparationslasten nach dem Dawesplan 1247 Millionen Mark zur Bestreitung der allgemeinen Reichsausgaben fehlen und daß diese anderweitig aufgebracht werden müssen. Mit einer künftigen Verringerung des Steuerdrucks werde also für lange Jahre nicht zu rechnen sein.

## Die Indexzahlen

Die auf den Stichtag des 18. November berechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande von 12. November (129,7) um 1,0 v. H. auf 128,4 zurückgegangen. Gefallen sind vor allem die Preise für Getreide, Fette, Zucker, Baumwolle und Kohle. Höher lagen die Preise namentlich für Fleisch, ferner für Kalbfelle, mehrere Textilrohstoffe und Halbwaren, für Metalle, Metallwaren sowie für Gasöl. Von den Hauptgruppen gaben die Lebensmittel von 125,8 auf 128,4 oder um 1,9 v. H. nach, während die Industrieerzeugnisse von 137,1 auf 137,7 oder um 0,4 v. H. anwogen.

Die Lebensindexzahl für die Lebenshaltungskosten für den 18. November hat sich gegenüber der Vorwoche um 0,1 auf 122 erhöht. Die Feststellungen erstrecken sich, wie bei jeder Veröffentlichung angegeben, auf Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung. Die Frage der Erweiterung der Erhebungen auf sonstige Lebensbedürfnisse wird zurzeit geprüft.

## Abgabe Englands an Sowjetrußland

In der Sowjetbrief-Affäre, wie überhaupt in der Frage der Beziehungen zu Rußland hat die englische Regierung entscheidende Rollen abgespielt, wodurch die von MacDonald am 8. August d. J. geschlossenen Verträge hinfällig wurden. Eine an die Sowjetregierung abgegangene Note Chamberlains besagt, daß die englische Regierung nicht in der Lage sei, diese Verträge dem Parlament

zur Annahme vorzulegen. Eine zweite Note legt dar, daß die im Besitz der englischen Regierung befindlichen Informationen keinen Zweifel an der Echtheit des Sowjetbriefes zulassen. Die englische Regierung sei nicht in der Lage, die Angelegenheit weiter zu diskutieren. Die englische Regierung schloß sich MacDonalds Note vom 24. Oktober an, die ausdrückte, daß keine Regierung jemals Beziehungen zu einer ausländischen Regierung dulden werde, die im Zusammenhang mit einer Propaganda-Organisation stünde, deren revolutionäre Umtriebe auf einen Regierungssturz in England abzielen.

M.A. London, 22. Nov. Wie die „Daily Express“ wissen will, bedeutet die Erklärung, daß die Note der Sowjets vom 27. Oktober verschwunden sei, die hofliche Umschreibung der Tatsache, daß sie vernichtet wurde. Durch dieses diplomatische Manöver werde Katowski die Demütigung erspart, seine Note zurücknehmen zu müssen.

In der „Morning Post“ wird die britische Note an Rußland als Anzeichen begrüßt, daß die Regierung Baldwin im Gegensatz zu der MacDonalds Herr im eigenen Hause sei. Moskau — so schreibt das Blatt — wird jetzt anerkennen müssen, daß wenn die antibritische Propaganda fortbauerte, die Anerkennung der Sowjetregierung durch England aufhören würde.

## Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing den Erfinder des Flettnerwinders und des Motorschiffes, Ingenieur Flettner, zum Vortrag über diese Erfindungen und ihre Bedeutung. Er sprach ihm im Namen des Reiches den Dank und die Anerkennung für seine Arbeiten aus.

Kaiserlicher Ministerbesuch in der Pfalz. Ministerpräsident Fehlb, Innenminister Stübel und Justizminister Gürtner begaben sich am heutigen Samstag nach der Pfalz zu einem Besuch der größeren Städte und werden an einer Veranstaltung des bayerischen Beamtenbundes für die zurückgetretenen Beamten in Kaiserslautern teilnehmen.

Die Vorarbeiten für den neuen deutschen Zolltarif sind jetzt so weit gediehen, daß für das Schema des Generaltarifs ein Entwurf aufgestellt ist. Dieses Schema — also noch nicht die neuen Sätze — wird in der nächsten Zeit dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung gehen.

Zur Wiederannahme der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erfahren die Berliner Blätter von unrichtiger Seite, daß die deutsche Regierung zur Frage der Reparationsabgabe sich darauf beschränkt habe, daß der Reichstag bei Aufrechterhaltung der Abgabe ein etwaiges Handelsabkommen nicht ratifizieren würde. Eine Erklärung, die auch jetzt gegenüber der französischen Regierung aufrechterhalten wurde. Die Reichsfrage der Reparationsabgabe ist nicht zur Erörterung gestellt worden.

General Degoutte verläßt laut „Post. Ztg.“ am heutigen Samstag Mainz mit dem Ziel nach Frankreich.

Närlauf deutscher Dampfer. Der Norddeutsche Lloyd kaufte die auf Grund des Versailler Vertrages an England abgelieferten Dampfer „Anhalt“ und „Deffau“ zurück. Das anhaltische Staatsministerium hat aus diesem Anlaß mit dem Norddeutschen Lloyd Begrüßungs- und Glückwunschktelegramme gewechselt.

America und die Abfrachtung. Das Washingtoner Staatsdepartement bemerkt die in Bezug umlaufenden Gerüchte, daß die Washingtoner Regierung Schritte unternehme, um eine Entwaflungskonferenz einzuberufen.

Das Attentat von Kairo. Der Generalgouverneur Sir Lee Stack, der Sirdar der ägyptischen Armee, ist seinen Verletzungen erlegen. Stack, der 66 Jahre alt geworden ist, entstammte einer irischen Familie. Seit 1899 war er in der ägyptischen Armee. Das englische Kabinett hielt eine Sonderkonferenz bezüglich der ägyptischen Krise ab. Es ist eine erste Note an die ägyptische Regierung zu erwarten, in der das Recht Englands in den ägyptischen Angelegenheiten eingegriffen, besonders betont werden dürfte.

## Verschiedenes

Eine Rundreise mit dem Flettner-Motorschiff. Nach einer Meldung des Hamburger Fremdenblattes aus Kopenhagen beabsichtigt der Erfinder des Windkraftschiffes, Flettner, mit dem Motorschiff Schweden und den anderen skandinavischen Ländern einen Besuch abzustatten. Wäherdem ist Flettner eingeladen worden, in Schweden Vorträge über seine Erfindung zu halten.

# Aus der Wahlbewegung

## Reich

### Die deutschnationale Reichswahlliste

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht die Reichswahlliste der deutschnationalen Volkspartei. An erster Stelle stehen Dr. Frick, Bismark, Frau Behm, Lambach und Titzig.

### Die Splitterparteien

Bei dem Wahlleiter für den Reichstagswahlkreis Ober-Bayern-Schwaben sind nicht weniger als 15 Wahlkreisvorschläge eingereicht worden. Außer den bereits bekannten neun politischen Parteien sind unter den Wahlvorschlägen vertreten der Stahl-Bund, die Aufwertungspartei, der Freie Wirtschaftsbund F.F.W., die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, der Häuser-Bund und die Aufwertungs- und Sparspartei. Im Wahlkreis Leipzig sind diesmal zur Reichstagswahl 17 Wahlkreise eingereicht worden gegenüber 15 bei der vorigen Wahl. Es sind nicht weniger als fünf neue Splitterparteien auf den Plan getreten, und zwar drei Aufwertungsparteien, eine Wirtschaftspartei und der Freie Wirtschaftsbund. Auch im Dresdner Wahlkreis sind 17 Listen aufgestellt.

## Badischer Teil

### Prüfung der Kreiswahlvorschläge

Im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern fand am Samstag, den 22. November, vormittags, unter dem Vorsitz des Kreiswahlleiters, Ministerialrat Weigel, eine Sitzung des Kreiswahlausschusses statt, in welcher die für die Reichstagswahlen am 7. Dezember im Wahlkreis Baden eingegangenen 14 Wahlvorschläge geprüft und festgesetzt wurden. Zugelassen wurden die Listen folgender Parteien:

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden).
- Deutsche Zentrumspartei.
- Liste der Kommunisten.
- Deutsche Volkspartei.
- National-sozialistische Freiheitsbewegung Großdeutschlands (Völkisch-sozialer Block).
- Deutsche Demokratische Partei.
- Wirtschaftliche Vereinigung des bad. Mittelstandes.
- Badischer Landbund.
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- Häuser-Bund.
- Freiwirtschaftsbund F.F.W. (Freiland-Freigeld).
- Deutsche Aufwertungs- und Aufbauarbeit.
- Deutschnationale Reichspartei.

Die Reihenfolge, nach welcher die Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel aufgeführt werden, wird, sobald die jetzt maßgebende Nummerierung der Reichswahlvorschläge vorliegt, umgehend veröffentlicht werden.

### „Eine unerhörte Sauererei“

Unter dieser Epithete verbreitet die „Mannheimer Arbeiterzeitung“ in Nr. 209 vom 21. November die Mitteilung, am Bezirksamt Karlsruhe sei am 12. November im Klosterraum der Wohnung des Hausmeisters Mattmüller für einen Gefangenen Suppe gekocht worden. Das vorläufige Ergebnis einer vom Ministerium des Innern sofort eingeleiteten Untersuchung hat ergeben, daß der Hausmeister Mattmüller bezu. dessen Frau die Gefangenensuppe zu kochen hat, wenn im Bezirksamt vorübergehend Inhaftierte untergebracht sind. Das Essen wurde immer von Frau Mattmüller in ihrer Küche zubereitet. In dem fraglichen Tage war ihr Kochherd nicht verfügbar — die regelmäßige Verpflegung für ein paar andere Inhaftierte war bereits ausgegeben — weshalb sie für einen nachträglich Vorgeführten von ihrem eigenen Essen etwas auf einem Gaslocher anwärmete, den sie ganz unverständlicherweise an einer im Klosett angebrachten Leitung anschloß. Dem aufsichtsführenden Dienstvorstand des Bezirksamts war davon nichts bekannt. Der Minister des

## Karlsruher Konzerte

Das zweite Sinfoniekonzert des bad. Landestheaterorchesters war ein „Klassisches Fest“, insofern sich nur Klavier darin die Hand reichlich. Es war ein Schöpfen und Spenden aus dem Vollen, obwohl der Gastdirigent Hermann Scherchen als nachschaffender Künstler sicherlich der Modernisten ebenso nahesteht. Es spricht aber immerhin für seine Universalität und objektive Wertabwägung, daß er mit so hingebungsvoller Begeisterung sich auch auf der „mogartischen“ Linie des Abends bewegte, die mit Schuberts 2. Sinfonie, einer nach reichlich konventionell gehaltenen, doch schon von genialem Odem besetzten Schöpfung, abschloß. Schon der Eindruck, den die Wiederbegebe der G-dur-Sinfonie von Haydn (Nr. 13) hinterließ, war sehr nachhaltig. Von den lebenswarmen Farben des ersten Allegro an, über die verklärte Stimmung des Largo hinweg bis zu den derderen Energie-Entladungen des Menuett und der freudigen Lebensbegeisterung im Finale offenbarte die Auslegung alle Schönheiten und Schattierungen der Partitur. Unbedingte Bewunderung nötigte auch die Art und Weise ab, wie sich der Dirigent mit dem warmblütigeren Melodiker Schubert abfand, zumal ihm dessen selten aufgeführte Komposition erst kurz zuvor bekannt geworden war. Zwischen beiden Sinfoniewerken sang Kammerfängerin Beatrice Sutter-Kottlar vom Frankfurter Opernhaus, die früher auch dem Verband unserer Landesbühne angehörte, mit Orchesterbegleitung je eine Sopran-Komposition von Mozart und Beethoven und vollbrachte dank ihrer grundmusikalischen Auffassung und souveränen Beherrschung der Ausdrucksmittel künstlerische Großtaten, für die ihr begeistertes Jubel anwochete. Das Orchester folgte der Sängerin in bemerkenswerter Weise, auch in den beiden Klavierwerken des Programms mufizierte es prächtig, so daß sein Führer es mit Recht an den Ehrentagen der zahlreichen Zuhörerschaft teilnehmen lassen konnte.

Tags zuvor hörte man hier zum ersten Male in einer musikalischen Morgenfeier die Stuttgarter Madrigal-Vereinigung, die sich unter der geschmackvollen Leitung Dr. Gugs

Soll's, des bekannten Herausgebers der „Neuen Musikzeitung“, im In- und Ausland rasch einen beachtlichen Namen erworben hat. Schon die mit viel Verständnis zusammengestellte Vortragsfolge hätte übrigens einen stärkeren Besuch erhoffen lassen. Leider wies aber das Theater wiederum sehr erhebliche Lücken auf. Wer allerdings gekommen war, wurde in seinen Erwartungen nicht getäuscht. Es dürfte nur wenig Kolalvereinungen von so erzeuendem Niveau geben, und nur die allerersten können sich überhaupt an Werke von H. A. Döpler, H. Stölker, A. Seuf u. a. wagen, weil die enormen Schwierigkeiten der Einzelpartien eigentlich erstklassige Kräfte verlangen. In dieser Beziehung ist es um die Stuttgarter Vereinigung gut bestellt. Absolute Intonations-sicherheit ist neben der ersten Arbeit, die bei der künstlerischen Gewissenhaftigkeit des Leiters selbstverständlich Voraussetzung ist, das Beste. Ihrem dankbaren und aufmerksamen Publikum fangen die Stuttgarter Gäste zum Schluß noch Einzelstücker aus Franz Philipp's Zklus „Inferer lieben Frau“ vor, die auch in dieser kleinen Besetzung ihre wunderbare Wirkung nicht verfehlen.

Bei einem Konzert im Künstlerhausfaal begegnete man wiederum dem ersten und in der Tat ernst zu nehmenden Sänger Otto Ganser. Wenn auch seine Entwicklung noch keineswegs als abgeschlossen zu gelten hat, so fordert doch das schon Erreichte respektable Achtung und erweckt die Hoffnung, daß die noch fehlende vollkünstlerische Auswirkung namentlich innerhalb der dynamischen Skala bald erzielt werden kann. An der für einen mittleren Konzertsaal ausreichten Tonen Stimme fällt sehr angenehm das Piano-schidum auf, jede Übersteigerung und damit jedes Hartwerden des Tones wird durchaus vermieden. In der Liebegruppe von Schubert sang der schöne Hangvolle Bariton viel-jahz zur besseren Geltung als in den vorangehenden Vokal-darstellungen. E. Loewe's, für deren sentimentalen Überschwang mir überbies unsere Zeit zu unromantisch geworden scheint. Eine ausgeprägtere künstlerische Persönlichkeit hätte außerdem am Flügel manches retten können. Doch ist Gertrud Hermann-Mettenberger wohl eine tüchtige Akkompagniererin, aber keine aus innerem echtem Gefühl heraus reproduzie-

rende Pianistin. Das bewiesen auch zur Genüge ihre Solovorträge, von denen besonders die Brahms-Sonate C-dur op. 1 recht matt klang. Mit technischer Routine allein ist eben einem solchen Werk nicht beizukommen, zumal wenn darüber so sichtbar die feminine Keibarkeit eines Schumann schwebt. Das kleinere Format der Impromptus von Schubert lag ihr entschieden besser.

Aber den Don-Kosaken-Chor, der in der mittelmäßig besuchten Festhalle alte und neue Proben seines hervorragenden Könnens ablegte, ist hier kaum Neues zu sagen. Man bewundert die temperamentvolle, der slavischen Rasse eigentümliche Auslegung weltlicher und geistlicher Lieder, man staunt über die feisende Detailfülle und die rhythmische Präzision, wozu Serge Jaroff raube Kriegergehlen erzogen hat. Man konstatiert weiter mit Befriedigung, daß der disziplinierte Chor bedeutende technische Fortschritte gemacht hat, aber heute doch schon sich hüten muß, einer raffinierten Manier zu verfallen. Im übrigen verhehlen die überraschenden Schattierungen- und Sinfungs-möglichkeiten, die der feurige Dirigent dem trefflich geschulten Chor aufzwingt, ihren Haupteffekt nicht: Ein zündender Punkt sprang über und schuf eine begeisterte Stimmung, welche die der bolschewistischen Berstärkungswut Entlohenen veranlaßte, auf ihrer Palette munteren Profins noch einige weitere Farben aufzutragen. — Auch über Oebi Vorsich, die ihrem lehtjährigen Debut einen zweiten Tanz-Abend folgen ließ, ist kaum Neues zu berichten. Sie ist inzwischen größer geworden, sie setzt durch ihre längerjährige Beweglichkeit ebenso in Staunen wie durch das lebhafteste Mienenspiel, auch in der eigentlichen Balletkunst hat sie Fortschritte gemacht. Immer noch sind es aber die kindlich-naiven Situationen, durch die sie am meisten entzückt. Man nennt mir da besonders den „Koch-lehrling“, dann den „Vauerntanz“, auch mit der netlich hingeworfenen Grotteske des „Gassenjungen“ hatte sie wiederholt lauten Erfolg. Dem graziosen, in der reizvollen Kostümierung des Kunstmalers A. Wild aufstretenden Kind schufen Lydia Serd (Klavier) und Hans Rehrmann (Violine) einen noblen musikalischen Rahmen.

Innern hat angeordnet, daß bis zur Erledigung des einzu-  
leitenden Disziplinarverfahrens der Hausmeister Mattmüller  
außer Dienst gestellt, und daß das Disziplinarverfahren auch  
auf den Dienstvorstand ausgedehnt wird.

## Der Freiburger Kommunistenprozeß

### 8. Verhandlungstag

Freiburg, 21. Nov. In der Fortsetzung der heuti-  
gen Verhandlung sagte als Zeuge Gendarmeriekommissar  
Münz aus, daß die Gewehre (etwa 12 bis 14) vom Militär-  
verein dem Kaufmann Kiefer zur Aufbewahrung gegeben  
wurden, da der jetzt verlebte Kiefer Vorstand des Mil-  
itärvereins war. Sein Sohn behielt allerdings unberechtigter-  
weise die Gewehre.

Anschließend wurde die im Falle Herbst von der Vertei-  
digung als Entlastungszeugen geladenen Gebrüder Köhler ver-  
nommen. Es handelt sich dabei darum, ob Herbst am 17.  
September abends ein Gewehr trug oder nicht. Die Zeugen  
sagten aus, sich nicht erinnern zu können, bei Herbst ein  
Gewehr gesehen zu haben.

Der Angeklagte Meßner fühlte sich veranlaßt, dem Zeugen  
Holland zu betonen, daß er sich durchaus ruhig und sachlich  
verhalten habe, daß nach seinem Durchhalten die Angeklagten  
durchaus die Wahrheit gesagt hätten, jetzt aber boreninander  
Angst hätten und die unvermeidlichen Meinungsverschieden-  
heiten auf fehlerhaftes Verhalten des Zeugen Holland ab-  
schieben wollten. — Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.  
Fortsetzung der Verhandlung Samstag vormittag 9 Uhr.

Der Angeklagte Steiner wurde nochmals vernommen, und  
war wegen eines vom 18. Nov. 1923 datierten Schriftstückes,  
das bei ihm gefunden worden war. Das Schreiben, dem ein  
Fragebogen angehängt war, war an die O.D.-Oberleitung  
gerichtet, und es wird darin gefordert, die innerhalb der  
O.D. bestehenden Sicherungsgruppen durch Einziehung von  
zwei weiteren Genossen jeweils auf acht Mann zu erhöhen.  
Mindestens einmal in der Woche müsse eine militärische  
Übung stattfinden, um den Kampfsinn innerhalb der Organi-  
sation wach zu erhalten. In dem angehängten Frage-  
bogen war für bestimmte Waffenarten Zahlen ange-  
führt (z. B. 1 gleich schwere Maschinengewehre, 2 gleich leichte  
Maschinengewehre usw.). Auch sollte die Stärke der grünen  
und blauen Polizei von den jeweiligen Orten angegeben  
werden. Der Angeklagte Steiner gab dazu an, daß der Text  
dieses Schriftstückes von „Gans Martin“ stamme, daß er das-  
selbe lediglich in dessen Auftrag geschrieben und unterzeichnet  
habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er noch darauf bestehe,  
daß es sich hier nicht um einen Fälscher und bewaffneten  
Aufstand gehandelt habe, antwortete Steiner, man könne den  
Kampfsinn doch auch zu defensiven und nicht zu offensiven  
Zwecken pflegen.

Schließlich nahm der Gerichtshof noch der Verlesung eines  
Schriftstückes der Frau Unger vor, in dem die klagende An-  
geklagte sich über angebliche Schandthaten der Schupo ihren  
Freunden gegenüber bitter beklagt und von einer Stunde der  
Entscheidung (es wird ein bestimmter Tag genannt), von Ma-  
schinengewehren und von Kampf gesprochen. Die Verteidigung  
stellte die Echtheit des Briefes der Frau Unger nicht in Ab-  
rede, erklärt ihn aber als ein Produkt der totalitären Erreg-  
theit der Frau Unger. Die angeführten Einzelheiten seien  
lediglich Phantasiegebilde ohne wirkliche Grundlage.

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst der Angeklagte  
Wüde nochmals vernommen. Dieser hatte u. a. früher aus-  
gesagt, daß sei selbstverständlich in die ganze Tätigkeit der  
Kommunisten eingeweiht gewesen, was Wüde auch heute  
aufrecht erhält. Der Angeklagte Otto Herbst, der auch noch-  
mals vernommen wurde, will kein Waffenlager „im Sinne  
des Gesetzes“ gehabt haben, äußerte jedoch über „im Sinne  
des Gesetzes“ eine merkwürdige Ansicht. Er habe ein „gei-  
stiges Waffenlager“ gehabt. Der Angeklagte Wüde, der die  
Ausagen über das Waffenlager gemacht hatte, erklärte dem-  
gegenüber, jedenfalls ein „materielles Waffenlager“ gemeint  
zu haben. Allerdings äußerte er sich darüber nur vermu-  
tungsweise. Bei Otto Herbst war auch eine Waffe, und  
Munitionverteilungskasse gefunden worden, die der Ange-  
klagte heute als eine „Konstruktion“ erklärte. Der Vor-  
sitzende legte darauf dem Angeklagten die Kiste vor mit ge-  
wissen Zeichen, über deren Bedeutung Herbst eine harmlos  
klingende Erklärung zu geben versuchte. Die Verteidigung  
gab dann zu dem Waffenlager im Sinne des Gesetzes die  
Erklärung ab, daß der Angeklagte eine Sammlung von anti-  
ken Waffen (alte Säbel, Feuerstingelgewehre usw.) besessen  
habe, und daß dieses mit jenem Ausdruck gemeint sei. Der  
Angeklagte bestätigte dies. Darauf wurden wieder einige  
Zeugen gehört, zunächst der bereits vernommene und be-  
eidigte Kriminalsekretär Münz, der im wesentlichen die An-  
gaben des gefahren vernommenen Zeugen Kiefer bestätigte.  
Daraus ergab sich, daß von dem faschistischen Waffenlager  
bei Kiefer nicht gut die Rede sein könne.

Mit einigem Interesse wurde die Vernehmung des Zeu-  
gen, Gerichtsassessor Holland, entgegengelesen, gegen dessen  
Behandlung und Art der Protokollierung der Aussagen bei  
der Vernehmung als Untersuchungsrichter sich bekanntlich die  
von ihm vernommenen Angeklagten ziemlich einmütig in festi-  
gen Angriffen während der letzten Verhandlungstage ge-  
wandt hatten. — Gerichtsassessor Holland erklärte unter Eid,  
daß er nichts anderes in das Protokoll geschrieben habe, als  
was ausgesagt worden sei. Die Protokolle habe er langsam  
und deutlich vorgelesen und zur Unterschrift vorgelegt. Bei  
der Vernehmung des Angeklagten Herbst, der angegeben habe,  
er (Holland) habe ihn als einen Verbrecher und Lumpen be-  
zeichnet, müsse er folgendes erwidern: Aus den Briefen des  
Herbst an seine Verwandten sei ersichtlich gewesen, daß Herbst  
sich als „Märtyrer“ ansah. Er habe ihn daher aufgefordert,  
entweder die Wahrheit zu sagen, oder die Aussage zu ver-  
weigern und sich so zu verhalten, wie es einem „Märtyrer“  
zukomme. Durch die Aussagen verschiedener Angeklagter und  
Zeugen seien seine früheren Aussagen bereits als Unwahr-  
heiten festgestellt. Das Verhalten des Herbst sei bei seiner  
Vernehmung nicht das des „Märtyrers“ gewesen und er habe  
ihm gegenüber darum geäußert, Herbst habe sich nicht wie ein  
politischer Verbrecher, sondern wie ein gewöhnlicher Ver-  
brecher und Lump betragen. Das badische Justizministerium  
habe den Gebrauch des Ausdrucks „Lump“ auch in diesem  
Zusammenhange als unpassend bezeichnet. Die anderen Ver-  
schuldigungen des Herbst, der Zeuge solle gesagt haben „Da  
kann ja ein Roth lachen“ usw. müsse er entschieden zurück-  
weisen und fragen, weshalb denn der Angeklagte Herbst diese  
Ausführungen nicht auch in seine Beschwere an das Justiz-  
ministerium aufgenommen habe. Herbst erklärte, sie seien ihm  
zu nebenfächlich erschienen.

### 9. Verhandlungstag

Freiburg, 22. Nov. Für den heute zu Verhandlung  
kommenden letzten Teil der Anklage war noch einmal eine  
Reihe von Zeugen geladen.

Der Angeklagte August Köberle, früher Lehrer, 24 Jahre  
alt, erklärte, nur äußerlich kommunistisch gewesen zu sein und im  
Auftrage des Fabrikanten Krauß, des Vorsitzenden des Be-  
zirksrates der Einwohnerwehr in Ravensburg, deren Mitglied  
er war, in die KPD eingetreten zu sein, um die Umtriebe  
der Kommunisten festzustellen. Er erklärte, wie bereits frö-  
her schon, für diese Tätigkeit nicht bezahlt worden zu sein,

sondern lediglich die Unkosten ersetzt bekommen zu haben.  
Er habe darüber Buch geführt, jedoch die Bücher aus gewissen  
Gründen verbrannt. Nach kurzer Zeit sei er im Alter von  
10 Jahren als kommunistischer Delegierter nach Stuttgart  
zu einer geheimen Konferenz geschickt worden, an der auch  
Alara Jatin und andere prominente Kommunisten teilnah-  
men. Über seine Erfindungen habe er stets an seine Auf-  
traggeber berichtet und er nehme an, daß seine Meldungen auch  
der Polizei zur Kenntnis gebracht wurden. Schließlich sei er  
Schriftführer der kommunistischen Wirtschaftsgruppe gewor-  
den und habe, um nicht den Anschein eines bloßen Mitläufers  
zu erwecken, sich aktiv in der KPD beteiligt, u. a. auch Vor-  
träge kosmopolitischen Charakters vor der kommunistischen  
Jugend gehalten. Sein Plan sei schließlich gewesen, sich in  
der Partei emporzuarbeiten und dann, wenn er genügenden  
Einfluß gewonnen habe, sie von innen zu sprengen. Am  
13. Oktober 1923 nahm der Angeklagte an einer kommunisti-  
schen Konferenz in Stuttgart teil, in der die Organisation des  
Ernährungswesens zur Debatte stand. Darüber sprach damals  
eingehend der Kommunist Jakob Wacker, und es sei jedem  
Versammlungsteilnehmer klar gewesen, daß es sich hier um  
Vorbereitung zu einem bewaffneten Aufstand handelte. Am  
folgenden Tage sprachen dann u. a. Frau Unger über densel-  
ben Gegenstand. In einer am 14. Oktober abgehaltenen  
politischen Versammlung sei dann der radikalrevolutionäre  
Geist der kommunistischen Leitung vollends klar zum Durch-  
bruch gekommen und zwar in einer eingehenden Behandlung  
der mit dem kommunistischen Umsturz der bestehenden Staats-  
verfassung verbundenen Probleme. Es sei ganz klar, daß der  
Faschismus stets nur ein Deckmantel, so sogar eine willkommen  
Gelegenheit zur Erreichung der Macht für die Kommunisten  
war.

Der Angeklagte Roth, der an jener Ernährungskonferenz  
ebenfalls teilnahm, bestritt, daß von einem gewaltsamen Um-  
sturz die Rede gewesen sei. Überle behauptete dann weiter,  
daß die Kommunisten stets mit den Mitteln wie Diebstahl,  
Einbruch usw. sich in den Besitz von Waffen zu setzen suchten.  
Er sei selbst dabei gewesen, wie von einem kommunist. Genossen  
in Donaueschingen auf einem Schießstand nach Munition nach-  
gegraben wurde, welche man dort vor der interalliierten Kom-  
mission verborgen glaubte. Den Angeklagten Herbst und an-  
dere des jetzigen Prozesses will der Angeklagte nicht näher  
kennen. Es sei auch in Stuttgart bei der Leitung nicht von  
ihnen gesprochen worden. Nur von Wad sei nach den Lörracher  
Unruhen gesagt worden, er habe geäußert, um nicht unnötig  
die Kräfte zu vergebend. Am 28. November vor. Jz. nahm  
dann der Angeklagte an einer Versammlung in Schwemlingen  
teil, wobei Marschroueten, militärische Bewegungen usw.  
besprochen wurden. Auch hier sei gesagt worden, daß der Um-  
sturz kurz bevorstehe. Ein besonderer Kurier würde die Nach-  
richt von Kufstätt dazu (dem Generalstreik) bringen. Es be-  
standen auch damals sogenannte Terrorgruppen, die die Auf-  
gaben hatten, politische unbenutzbare Persönlichkeiten zu be-  
seitigen.

Zu den Vorwürfen der Anklage, er habe Geld zur Wa-  
fenschaffung und Schriftstücke nach Lörrach zu den dortigen  
kommunistischen Leitung geschickt, erklärte der Angeklagte,  
das sei richtig. Er hätte dies jedoch getan, um nicht durch Ver-  
weigerung eines Auftrages Mißtrauen zu erregen, sondern durch  
Ausführung des Auftrages Vertrauen zu erwecken und tiefer  
in die KPD, einzudringen. Bei dem Angeklagten war auch ein  
Plan zur Abriegelung Mittelweils gefunden worden. Auch  
dies verurteilte der Angeklagte auf natürliche Weise mit seiner  
besonderen Stellung innerhalb der KPD, zu erklären.

Am 13. November fand eine Besichtigung des im Peter-  
hof zu Freiburg i. N. neu eingerichteten badischen Weinbau-  
instituts durch ein Dr. neu eingeweihten Gölze statt. Der Di-  
rektor des Instituts begrüßte die Erschienenen und erläuterte  
bei einem Rundgang durch das Gebäude die Arbeitsgebiete  
und Arbeitsziele des Instituts und der ihm angegliederten  
Hauptstelle für Pflanzenzüchtung in Baden. Nachdem die Ver-  
sammlungen des im Peterhof eingerichteten Weinbau-Ku-  
rssems besichtigt worden waren, vernahmte eine kleine Kom-  
mission der eigenen Gemächte des Instituts die Gäste. Diebe-  
gab Landeskommissar Geheimrat Dr. Schneider seiner  
Freude darüber Ausdruck, daß das Institut in Freiburg er-  
halten blieb und durch das großzügige Entgegenkommen der  
Stadt ein schönes Untertommen gefunden habe, das ihm eine  
weitere Entwicklung zum Wohle der badischen Landwirtschaft  
und im besonderen des badischen Weinbaues ermögliche. Bür-  
germeister Nibel wünschte namens der Stadt eine gedeihliche  
Entwicklung des Instituts, Generaldirektor Dr. Mengener  
hoffte, daß nun auch die Außenseite des historischen Gebäudes  
entsprechend hergerichtet werde und Hoteller Jöringer be-  
schränkte im Namen des Verkehrsvereins einen weiteren Aus-  
bau des Weinbau-Museums, durch das ein neuer Anziehungs-  
punkt in der Stadt Freiburg geschaffen worden sei. Schließ-  
lich betonte Weinbändler Kraft seitens der Vereinigung ba-  
discher Weinbändler die Bedeutung des Instituts für die Ein-  
führung der neuzeitlichen Kellerwirtschaft und den Auf der  
badischen Weine.

Der Bürgerausschuß Emmendingen hielt eine Reihe von  
Grundstücksveräußerungen für Bauzwecke gegen die Stimmen  
der Kommunisten gut. Es handelt sich um eine Anzahl von  
Bauzwecken, und da ferner die Erstellung von drei Dop-  
pelhäusern durch die Stadtgemeinde, bzw. die dafür erforder-  
lichen Aufwendungen vom Bürgerausschuß bewilligt wurden,  
steht eine rege Bautätigkeit hier bevor. Durch den Verkauf  
eines Bauplats für die Erstellung einer Eisenkonstruktions-  
werkstätte an die Firma Gebr. Geßler, hier, wird ein neues  
Baugelände jenseits der Elz erschlossen. Ferner wurde eine  
neue Gemeindefestung über die Rechte und Pflichten der  
städtischen Beamten bewilligt. Der Vorsitzende machte im An-  
schluß an die Tagung Mitteilung über den Stand der neuen  
Güterbahnanlagen. Danach beharre man in Berlin bisher  
im allgemeinen auf der Durchführung des vorgelegten Pro-  
jekts, gegen das sich bekanntlich seinerzeit die ganz Stadt —  
Gemeinderat, Bürgerausschuß, Industrie, Handel und Ge-  
werbe — in einmütiger Weise ausgesprochen. Die Hoffnung  
wird jedoch nicht aufgegeben, doch noch eine Änderung zu er-  
zielen und man hat die Vermittlung des Ministeriums des  
Innern und der Generaldirektion in Karlsruhe anzufragen.

Das Krankenhaus in Rohrbach. In der Heidelberger Kreis-  
versammlung machte der Oberbürgermeister die Mitteilung,  
daß das Krankenhaus in Rohrbach, das besonders im Hinblick  
auf die Tuberkulosefürsorge segensreich wirkt, am 1. Januar  
aufhört zu bestehen, wenn niemand eingreift. Das Nachver-  
hältnis des Krankenhauses in Rohrbach läuft am 1. Januar  
ab. — Für den Bau des Mittelstands-sanatoriums wird der  
Kreis einen Zuschuß von 40 000 M. gewähren.

Der Gemeindefestung in Philippsburg verzeichnet einen  
Fehlbetrag von 82 300 Mark. Die Umlage wurde auf 26  
Pfennig festgesetzt.

„Heidelberger Tagblatt“ und Zentrum  
Der „Badische Beobachter“ druckt aus einem Artikel des  
„Heidelberger Tagblatts“ folgende Stellen ab:  
„Finanzminister Dr. h. e. Köhler hat es unstrittig verstan-  
den, mit seiner Amtsführung sich die Anerkennung der weit-  
aus überlegenen Mehrheit im Lande zu sichern. Ein offenes  
Befehl paart sich in ihm mit hohem Verantwortungsbewußt-  
sein, — die rechten Eigenschaften einer starken, politischen Führer-  
natur. Außerordentlich vielseitig in seinen Interessen  
hat er sich mancherlei Verdienste erworben. Dr. Köhler ge-  
hört zu den Menschen, die als lebendiger Beweis für die Rich-  
tigkeit des demokratischen Aufstiegsprinzips anzusehen sind.  
Man weiß, daß er aus der mittleren Beamtenkarriere ohne aka-  
demische Vorbildung hervorgegangen ist. Man weiß aber auch,  
wie er sich im neuen Staat über die Hemmnisse von Standes-  
und Klassenunterschieden hinweg, durchzusetzen vermochte. Mit  
oft genug pointiert betonter Treue vertritt und vertritt er De-  
mokratie und Republik. Und fürwahr, kein Staat kann auf  
solche Mitarbeit wirklich fähiger Männer verzichten, wenn er  
nicht auf die Dauer Schaden nehmen soll. Als ausgezeichneter  
Finanz- und Budgetkenner hat er sich unter den deutschen Fi-  
nanzministern eine geachtete Stellung erworben.“

„Wer nicht aus dem „juste milieu“ stammt, konnte sein Le-  
ben lang vor der Stelle antichambrieren die er wohl aus-  
gefüllt hätte; wer Sozialdemokrat war, galt als Staatsfeind,  
und wer katholischer Zentrumsmann war, konnte nimmer  
mit einem Hochkommer rechnen. Die Aus- und Nachkänge  
der Kulturkampfmaßnahmen, die Überspannungen des Anti-  
Ultramontanismus, die inständige Theorie von der geistigen  
Minderwertigkeit der Katholiken. — Das alles wirkte zusam-  
men zu einer ungerechtfertigt schämevollen Art gegen den ka-  
tholischen Volksteil. Jeder vernünftige Mensch wird das zuge-  
stehen und es beklagen, daß der neue, demokratische Staat  
dem Grundged der konfessionellen Parität zum Leben verholfen

hat. Heute ist das Bild so, daß zwar noch nicht alle Wünsche  
des Zentrums erfüllt sind, daß aber diese Partei eine ganz  
stille Reihe wichtiger Ämter mit ihren Vertrauensleuten  
besetzt hat. Ihre Verationalpolitik ist auf jeden Fall recht er-  
folgreich gewesen. In früheren Aufsätzen haben wir darauf  
mehrfach verwiesen, gewiß nicht, um an diesen Verhältnissen  
vom Standpunkt des intoleranten, unliberalen Geistes der li-  
beralen Vorkriegsära Kritik zu üben, sondern nur aufmerksam  
zu machen auf den — sich gerade in hohen Stellungen dokum-  
mentierenden — Machtzuwachs des Zentrums als politische  
Partei.“

## Der Landesverband der badischen Gastwirte

hielt Donnerstag nachmittag in der Michaelshalle in Offen-  
burg eine aus allen Teilen des badischen Landes sehr stark  
besuchte Landesversammlung ab. Verbandspräsident Knopf  
eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache,  
in der er insbesondere den Offenburger Kollegen die Glück-  
wünsche zur endlichen Befreiung zum Ausdruck brachte. Der  
Vertreter des Ministeriums des Innern Dr. Engler, der  
hierauf das Wort ergriff, sagte, daß es dem Ministerium  
bewußt sei, daß die Lage des Gastwirtsberufes in den letz-  
ten Jahren nicht leicht war, und daß er es begrüße, daß hier  
heute Gelegenheit geboten sei, sich über die bestehenden  
Schwierigkeiten auszusprechen.

Darauf ergriff der Präsident des Reichsverbandes, Köster  
das Wort. Er gab zunächst einen Überblick über die politische  
und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Jetzt gelte  
es, den durch Krieg und Folgezeit geschädigten Mittelstand  
wieder empor zu bringen. Der Redner stellte sich in diesem  
Zusammenhang im wesentlichen auf den Standpunkt der Poli-  
tik der Mitte. Im Gastwirtsberuf den Währungsreform  
einzuführen, sei ein Umling. Es könne in dieser Beziehung  
bei der Arbeits- und Arbeitszeitfrage nicht auf Erzielung  
einer Überproduktion ankommen. Das Gastwirtsberufes  
diene vor allem denen, die kein Heim haben und den größten  
Teil ihres Lebens auf Reisen zubringen, wobei auch die  
andere Seite, die des Vergnügens und der Geselligkeit nicht  
übersehen werden dürfe. Redner wandte sich gegen die Ab-  
stinenzbewegung und wies auf Amerika hin, wo jetzt heimlich  
mehr getrunken werde wie je. Daß wir nicht durch den  
Alkoholismus degeneriert sind, haben unsere gewaltigen Lei-  
stungen im Kriege erwiesen. Die Abstinenzbewegung sollte  
keine Bevormundungsrolle spielen, sondern es müsse jedem  
frei bleiben, in diesem Punkte über sich selbst zu bestimmen.  
Der Gastwirtsverband müsse künftig einen entscheidenden Ein-  
fluß auf die Erteilung von Konzessionen haben. — Der Red-  
ner wandte sich dann einigen Einzelheiten des geplanten  
Schankstättengesetzes zu, das er einer scharfen Kritik unter-  
zog. Zur Frage der Polizeistunde bemerkte er, daß sich in  
erster Linie die Gäste gegen die Polizeistunde wehren und  
daß die Polizeistunde fallen müsse, da sie eine Bevormundung  
des Gewerbes und der Gastwirte darstelle. Wenn die Polizei-  
stunde nicht ganz beseitigt werden könne, so müsse sie zum  
mindesten überall in gleicher Weise durchgeführt werden,  
ohne Rücksicht auf Stadt oder Land. Zu den Steuerfragen  
hob der Redner hervor, daß die Finanzhoheit den Gemeinden  
wieder zurückgegeben werden müsse. Weniger, aber gut  
bezahlte Beamte, die auch gute Konsumenten sein können,  
müsse die Lösung sein. Die Vermögenssteuer habe ein Drit-  
tel aller deutschen Gastwirtsbetriebe zugrunde gerichtet. Auch  
die Fremdensteuer sei ein großes Übel. Die Getränkesteuer  
müsse Reichsteuer werden. Die Biersteuer müßte an der  
Quelle der diesbezüglichen Produkte erhoben werden. Was  
den Wein anbetreffe, müsse das Weinsteuerbuch beseitigt wer-  
den. Die Weinsteuer müße bei dem Übergang der Ware  
in den Besitz des Großhandels erhoben werden. Die Klein-  
handelssteuer sei von vornherein abzulehnen. Zur Gewerbe-  
steuer hätten einzelne Gemeinden nicht mehr tragbare Zu-  
schläge erhoben. — Sodann trug der Syndikus des badischen  
Gastwirtsverbandes eine Entschließung vor, die einstimmig  
angenommen wurde.

Darin werden die Staatsregierung und alle Behörden des  
Landes und der Gemeinden auf die maßlose Sonderbesteue-  
rung und Sonderbehandlung gerade des Wirtschaftsgewerbes  
durch Regierung, Land und Gemeinden aufmerksam gemacht.  
Es wird im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ein Ab-  
bau aller Sondersteuern und Maßnahmen verlangt, die zum  
großen Teil noch Reste der Inflation sind. Die Veram-  
lung protestiert gegen die einseitige Hemmung und Über-  
belastung des einzelnen Gewerbes, das in Gefahr steht, unter  
der ungerechten Bedrückung Existenzmöglichkeit und Arbeits-  
kraft zu verlieren. Die Gastwirte verlangen Gleichberech-  
tigung mit allen anderen Gewerben.

Kommunale Rundschau  
Der Bürgerausschuß Emmendingen hielt eine Reihe von  
Grundstücksveräußerungen für Bauzwecke gegen die Stimmen  
der Kommunisten gut. Es handelt sich um eine Anzahl von  
Bauzwecken, und da ferner die Erstellung von drei Dop-  
pelhäusern durch die Stadtgemeinde, bzw. die dafür erforder-  
lichen Aufwendungen vom Bürgerausschuß bewilligt wurden,  
steht eine rege Bautätigkeit hier bevor. Durch den Verkauf  
eines Bauplats für die Erstellung einer Eisenkonstruktions-  
werkstätte an die Firma Gebr. Geßler, hier, wird ein neues  
Baugelände jenseits der Elz erschlossen. Ferner wurde eine  
neue Gemeindefestung über die Rechte und Pflichten der  
städtischen Beamten bewilligt. Der Vorsitzende machte im An-  
schluß an die Tagung Mitteilung über den Stand der neuen  
Güterbahnanlagen. Danach beharre man in Berlin bisher  
im allgemeinen auf der Durchführung des vorgelegten Pro-  
jekts, gegen das sich bekanntlich seinerzeit die ganz Stadt —  
Gemeinderat, Bürgerausschuß, Industrie, Handel und Ge-  
werbe — in einmütiger Weise ausgesprochen. Die Hoffnung  
wird jedoch nicht aufgegeben, doch noch eine Änderung zu er-  
zielen und man hat die Vermittlung des Ministeriums des  
Innern und der Generaldirektion in Karlsruhe anzufragen.

Das Krankenhaus in Rohrbach. In der Heidelberger Kreis-  
versammlung machte der Oberbürgermeister die Mitteilung,  
daß das Krankenhaus in Rohrbach, das besonders im Hinblick  
auf die Tuberkulosefürsorge segensreich wirkt, am 1. Januar  
aufhört zu bestehen, wenn niemand eingreift. Das Nachver-  
hältnis des Krankenhauses in Rohrbach läuft am 1. Januar  
ab. — Für den Bau des Mittelstands-sanatoriums wird der  
Kreis einen Zuschuß von 40 000 M. gewähren.

Der Gemeindefestung in Philippsburg verzeichnet einen  
Fehlbetrag von 82 300 Mark. Die Umlage wurde auf 26  
Pfennig festgesetzt.

„Heidelberger Tagblatt“ und Zentrum  
Der „Badische Beobachter“ druckt aus einem Artikel des  
„Heidelberger Tagblatts“ folgende Stellen ab:  
„Finanzminister Dr. h. e. Köhler hat es unstrittig verstan-  
den, mit seiner Amtsführung sich die Anerkennung der weit-  
aus überlegenen Mehrheit im Lande zu sichern. Ein offenes  
Befehl paart sich in ihm mit hohem Verantwortungsbewußt-  
sein, — die rechten Eigenschaften einer starken, politischen Führer-  
natur. Außerordentlich vielseitig in seinen Interessen  
hat er sich mancherlei Verdienste erworben. Dr. Köhler ge-  
hört zu den Menschen, die als lebendiger Beweis für die Rich-  
tigkeit des demokratischen Aufstiegsprinzips anzusehen sind.  
Man weiß, daß er aus der mittleren Beamtenkarriere ohne aka-  
demische Vorbildung hervorgegangen ist. Man weiß aber auch,  
wie er sich im neuen Staat über die Hemmnisse von Standes-  
und Klassenunterschieden hinweg, durchzusetzen vermochte. Mit  
oft genug pointiert betonter Treue vertritt und vertritt er De-  
mokratie und Republik. Und fürwahr, kein Staat kann auf  
solche Mitarbeit wirklich fähiger Männer verzichten, wenn er  
nicht auf die Dauer Schaden nehmen soll. Als ausgezeichneter  
Finanz- und Budgetkenner hat er sich unter den deutschen Fi-  
nanzministern eine geachtete Stellung erworben.“

„Wer nicht aus dem „juste milieu“ stammt, konnte sein Le-  
ben lang vor der Stelle antichambrieren die er wohl aus-  
gefüllt hätte; wer Sozialdemokrat war, galt als Staatsfeind,  
und wer katholischer Zentrumsmann war, konnte nimmer  
mit einem Hochkommer rechnen. Die Aus- und Nachkänge  
der Kulturkampfmaßnahmen, die Überspannungen des Anti-  
Ultramontanismus, die inständige Theorie von der geistigen  
Minderwertigkeit der Katholiken. — Das alles wirkte zusam-  
men zu einer ungerechtfertigt schämevollen Art gegen den ka-  
tholischen Volksteil. Jeder vernünftige Mensch wird das zuge-  
stehen und es beklagen, daß der neue, demokratische Staat  
dem Grundged der konfessionellen Parität zum Leben verholfen

hat. Heute ist das Bild so, daß zwar noch nicht alle Wünsche  
des Zentrums erfüllt sind, daß aber diese Partei eine ganz  
stille Reihe wichtiger Ämter mit ihren Vertrauensleuten  
besetzt hat. Ihre Verationalpolitik ist auf jeden Fall recht er-  
folgreich gewesen. In früheren Aufsätzen haben wir darauf  
mehrfach verwiesen, gewiß nicht, um an diesen Verhältnissen  
vom Standpunkt des intoleranten, unliberalen Geistes der li-  
beralen Vorkriegsära Kritik zu üben, sondern nur aufmerksam  
zu machen auf den — sich gerade in hohen Stellungen dokum-  
mentierenden — Machtzuwachs des Zentrums als politische  
Partei.“

Der Landesverband der badischen Gastwirte  
hielt Donnerstag nachmittag in der Michaelshalle in Offen-  
burg eine aus allen Teilen des badischen Landes sehr stark  
besuchte Landesversammlung ab. Verbandspräsident Knopf  
eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache,  
in der er insbesondere den Offenburger Kollegen die Glück-  
wünsche zur endlichen Befreiung zum Ausdruck brachte. Der  
Vertreter des Ministeriums des Innern Dr. Engler, der  
hierauf das Wort ergriff, sagte, daß es dem Ministerium  
bewußt sei, daß die Lage des Gastwirtsberufes in den letz-  
ten Jahren nicht leicht war, und daß er es begrüße, daß hier  
heute Gelegenheit geboten sei, sich über die bestehenden  
Schwierigkeiten auszusprechen.

Darauf ergriff der Präsident des Reichsverbandes, Köster  
das Wort. Er gab zunächst einen Überblick über die politische  
und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Jetzt gelte  
es, den durch Krieg und Folgezeit geschädigten Mittelstand  
wieder empor zu bringen. Der Redner stellte sich in diesem  
Zusammenhang im wesentlichen auf den Standpunkt der Poli-  
tik der Mitte. Im Gastwirtsberuf den Währungsreform  
einzuführen, sei ein Umling. Es könne in dieser Beziehung  
bei der Arbeits- und Arbeitszeitfrage nicht auf Erzielung  
einer Überproduktion ankommen. Das Gastwirtsberufes  
diene vor allem denen, die kein Heim haben und den größten  
Teil ihres Lebens auf Reisen zubringen, wobei auch die  
andere Seite, die des Vergnügens und der Geselligkeit nicht  
übersehen werden dürfe. Redner wandte sich gegen die Ab-  
stinenzbewegung und wies auf Amerika hin, wo jetzt heimlich  
mehr getrunken werde wie je. Daß wir nicht durch den  
Alkoholismus degeneriert sind, haben unsere gewaltigen Lei-  
stungen im Kriege erwiesen. Die Abstinenzbewegung sollte  
keine Bevormundungsrolle spielen, sondern es müsse jedem  
frei bleiben, in diesem Punkte über sich selbst zu bestimmen.  
Der Gastwirtsverband müsse künftig einen entscheidenden Ein-  
fluß auf die Erteilung von Konzessionen haben. — Der Red-  
ner wandte sich dann einigen Einzelheiten des geplanten  
Schankstättengesetzes zu, das er einer scharfen Kritik unter-  
zog. Zur Frage der Polizeistunde bemerkte er, daß sich in  
erster Linie die Gäste gegen die Polizeistunde wehren und  
daß die Polizeistunde fallen müsse, da sie eine Bevormundung  
des Gewerbes und der Gastwirte darstelle. Wenn die Polizei-  
stunde nicht ganz beseitigt werden könne, so müsse sie zum  
mindesten überall in gleicher Weise durchgeführt werden,  
ohne Rücksicht auf Stadt oder Land. Zu den Steuerfragen  
hob der Redner hervor, daß die Finanzhoheit den Gemeinden  
wieder zurückgegeben werden müsse. Weniger, aber gut  
bezahlte Beamte, die auch gute Konsumenten sein können,  
müsse die Lösung sein. Die Vermögenssteuer habe ein Drit-  
tel aller deutschen Gastwirtsbetriebe zugrunde gerichtet. Auch  
die Fremdensteuer sei ein großes Übel. Die Getränkesteuer  
müsse Reichsteuer werden. Die Biersteuer müßte an der  
Quelle der diesbezüglichen Produkte erhoben werden. Was  
den Wein anbetreffe, müsse das Weinsteuerbuch beseitigt wer-  
den. Die Weinsteuer müße bei dem Übergang der Ware  
in den Besitz des Großhandels erhoben werden. Die Klein-  
handelssteuer sei von vornherein abzulehnen. Zur Gewerbe-  
steuer hätten einzelne Gemeinden nicht mehr tragbare Zu-  
schläge erhoben. — Sodann trug der Syndikus des badischen  
Gastwirtsverbandes eine Entschließung vor, die einstimmig  
angenommen wurde.

Darin werden die Staatsregierung und alle Behörden des  
Landes und der Gemeinden auf die maßlose Sonderbesteue-  
rung und Sonderbehandlung gerade des Wirtschaftsgewerbes  
durch Regierung, Land und Gemeinden aufmerksam gemacht.  
Es wird im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ein Ab-  
bau aller Sondersteuern und Maßnahmen verlangt, die zum  
großen Teil noch Reste der Inflation sind. Die Veram-  
lung protestiert gegen die einseitige Hemmung und Über-  
belastung des einzelnen Gewerbes, das in Gefahr steht, unter  
der ungerechten Bedrückung Existenzmöglichkeit und Arbeits-  
kraft zu verlieren. Die Gastwirte verlangen Gleichberech-  
tigung mit allen anderen Gewerben.

Kommunale Rundschau  
Der Bürgerausschuß Emmendingen hielt eine Reihe von  
Grundstücksveräußerungen für Bauzwecke gegen die Stimmen  
der Kommunisten gut. Es handelt sich um eine Anzahl von  
Bauzwecken, und da ferner die Erstellung von drei Dop-  
pelhäusern durch die Stadtgemeinde, bzw. die dafür erforder-  
lichen Aufwendungen vom Bürgerausschuß bewilligt wurden,  
steht eine rege Bautätigkeit hier bevor. Durch den Verkauf  
eines Bauplats für die Erstellung einer Eisenkonstruktions-  
werkstätte an die Firma Gebr. Geßler, hier, wird ein neues  
Baugelände jenseits der Elz erschlossen. Ferner wurde eine  
neue Gemeindefestung über die Rechte und Pflichten der  
städtischen Beamten bewilligt. Der Vorsitzende machte im An-  
schluß an die Tagung Mitteilung über den Stand der neuen  
Güterbahnanlagen. Danach beharre man in Berlin bisher  
im allgemeinen auf der Durchführung des vorgelegten Pro-  
jekts, gegen das sich bekanntlich seinerzeit die ganz Stadt —  
Gemeinderat, Bürgerausschuß, Industrie, Handel und Ge-  
werbe — in einmütiger Weise ausgesprochen. Die Hoffnung  
wird jedoch nicht aufgegeben, doch noch eine Änderung zu er-  
zielen und man hat die Vermittlung des Ministeriums des  
Innern und der Generaldirektion in Karlsruhe anzufragen.

Das Krankenhaus in Rohrbach. In der Heidelberger Kreis-  
versammlung machte der Oberbürgermeister die Mitteilung,  
daß das Krankenhaus in Rohrbach, das besonders im Hinblick  
auf die Tuberkulosefürsorge segensreich wirkt, am 1. Januar  
aufhört zu bestehen, wenn niemand eingreift. Das Nachver-  
hältnis des Krankenhauses in Rohrbach läuft am 1. Januar  
ab. — Für den Bau des Mittelstands-sanatoriums wird der  
Kreis einen Zuschuß von 40 000 M. gewähren.

Der Gemeindefestung in Philippsburg verzeichnet einen  
Fehlbetrag von 82 300 Mark. Die Umlage wurde auf 26  
Pfennig festgesetzt.

„Heidelberger Tagblatt“ und Zentrum  
Der „Badische Beobachter“ druckt aus einem Artikel des  
„Heidelberger Tagblatts“ folgende Stellen ab:  
„Finanzminister Dr. h. e. Köhler hat es unstrittig verstan-  
den, mit seiner Amtsführung sich die Anerkennung der weit-  
aus überlegenen Mehrheit im Lande zu sichern. Ein offenes  
Befehl paart sich in ihm mit hohem Verantwortungsbewußt-  
sein, — die rechten Eigenschaften einer starken, politischen Führer-  
natur. Außerordentlich vielseitig in seinen Interessen  
hat er sich mancherlei Verdienste erworben. Dr. Köhler ge-  
hört zu den Menschen, die als lebendiger Beweis für die Rich-  
tigkeit des demokratischen Aufstiegsprinzips anzusehen sind.  
Man weiß, daß er aus der mittleren Beamtenkarriere ohne aka-  
demische Vorbildung hervorgegangen ist. Man weiß aber auch,  
wie er sich im neuen Staat über die Hemmnisse von Standes-  
und Klassenunterschieden hinweg, durchzusetzen vermochte. Mit  
oft genug pointiert betonter Treue vertritt und vertritt er De-  
mokratie und Republik. Und fürwahr, kein Staat kann auf  
solche Mitarbeit wirklich fähiger Männer verzichten, wenn er  
nicht auf die Dauer Schaden nehmen soll. Als ausgezeichneter  
Finanz- und Budgetkenner hat er sich unter den deutschen Fi-  
nanzministern eine geachtete Stellung erworben.“

„Wer nicht aus dem „juste milieu“ stammt, konnte sein Le-  
ben lang vor der Stelle antichambrieren die er wohl aus-  
gefüllt hätte; wer Sozialdemokrat war, galt als Staatsfeind,  
und wer katholischer Zentrumsmann war, konnte nimmer  
mit einem Hochkommer rechnen. Die Aus- und Nachkänge  
der Kulturkampfmaßnahmen, die Überspannungen des Anti-  
Ultramontanismus, die inständige Theorie von der geistigen  
Minderwertigkeit der Katholiken. — Das alles wirkte zusam-  
men zu einer ungerechtfertigt schämevollen Art gegen den ka-  
tholischen Volksteil. Jeder vernünftige Mensch wird das zuge-  
stehen und es beklagen, daß der neue, demokratische Staat  
dem Grundged der konfessionellen Parität zum Leben verholfen

hat. Heute ist das Bild so, daß zwar noch nicht alle Wünsche  
des Zentrums erfüllt sind, daß aber diese Partei eine ganz  
stille Reihe wichtiger Ämter mit ihren Vertrauensleuten  
besetzt hat. Ihre Verationalpolitik ist auf jeden Fall recht er-  
folgreich gewesen. In früheren Aufsätzen haben wir darauf  
mehrfach verwiesen, gewiß nicht, um an diesen Verhältnissen  
vom Standpunkt des intoleranten, unliberalen Geistes der li-  
beralen Vorkriegsära Kritik zu üben, sondern nur aufmerksam  
zu machen auf den — sich gerade in hohen Stellungen dokum-  
mentierenden — Machtzuwachs des Zentrums als politische  
Partei.“

Der Landesverband der badischen Gastwirte  
hielt Donnerstag nachmittag in der Michaelshalle in Offen-  
burg eine aus allen Teilen des badischen Landes sehr stark  
besuchte Landesversammlung ab. Verbandspräsident Knopf  
eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache,  
in der er insbesondere den Offenburger Kollegen die Glück-  
wünsche zur endlichen Befreiung zum Ausdruck brachte. Der  
Vertreter des Ministeriums des Innern Dr. Engler, der  
hierauf das Wort ergriff, sagte, daß es dem Ministerium  
bewußt sei, daß die Lage des Gastwirtsberufes in den letz-  
ten Jahren nicht leicht war, und daß er es begrüße, daß hier  
heute Gelegenheit geboten sei, sich über die bestehenden  
Schwierigkeiten auszusprechen.

Darauf ergriff der Präsident des Reichsverbandes, Köster  
das Wort. Er gab zunächst einen Überblick über die politische  
und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre. Jetzt gelte  
es, den durch Krieg und Folgezeit geschädigten Mittelstand  
wieder empor zu bringen. Der Redner stellte sich in diesem  
Zusammenhang im wesentlichen auf den Standpunkt der Poli-  
tik der Mitte. Im Gastwirtsberuf den Währungsreform  
einzuführen, sei ein Umling. Es könne in dieser Beziehung  
bei der Arbeits- und Arbeitszeitfrage nicht auf Erzielung  
einer Überproduktion ankommen. Das Gastwirtsberufes  
diene vor allem denen, die kein Heim haben und den größten  
Teil ihres Lebens auf Reisen zubringen, wobei auch die  
andere Seite, die des Vergnügens und der Geselligkeit nicht  
übersehen werden dürfe. Redner wandte sich gegen die Ab-  
stinenzbewegung und wies auf Amerika hin, wo jetzt heimlich  
mehr getrunken werde wie je. Daß wir nicht durch den  
Alkoholismus degeneriert sind, haben unsere gewaltigen Lei-  
stungen im Kriege erwiesen. Die Abstinenzbewegung sollte  
keine Bevormundungsrolle spielen, sondern es müsse jedem  
frei bleiben, in diesem Punkte über sich selbst zu bestimmen.  
Der Gastwirtsverband müsse künftig einen entscheidenden Ein-  
fluß auf die Erteilung von Konzessionen haben. — Der Red-  
ner wandte sich dann einigen Einzelheiten des geplanten  
Schankstättengesetzes zu, das er einer scharfen Kritik unter-  
zog. Zur Frage der Polizeistunde bemerkte er, daß sich in  
erster Linie die Gäste gegen die Polizeistunde wehren und  
daß die Polizeistunde fallen müsse, da sie eine Bevormundung  
des Gewerbes und der Gastwirte darstelle. Wenn die Polizei-  
stunde nicht ganz beseitigt werden könne, so müsse sie zum  
mindesten überall in gleicher Weise durchgeführt werden,  
ohne Rücksicht auf Stadt oder Land. Zu den Steuerfragen  
hob der Redner hervor, daß die Finanzhoheit den Gemeinden  
wieder zurückgegeben werden müsse. Weniger, aber gut  
bezahlte Beamte, die auch gute Konsumenten sein können,  
müsse die Lösung sein. Die Vermögenssteuer habe ein Drit-  
tel aller deutschen Gastwirtsbetriebe zugrunde gerichtet. Auch  
die Fremdensteuer sei ein großes Übel. Die Getränkesteuer  
müsse Reichsteuer werden. Die Biersteuer müßte an der  
Quelle der diesbezüglichen Produkte erhoben werden. Was  
den Wein anbetreffe, müsse das Weinsteuerbuch beseitigt wer-  
den. Die Weinsteuer müße bei dem Übergang der Ware  
in den Besitz des Großhandels erhoben werden. Die Klein-  
handelssteuer sei von vornherein abzulehnen. Zur Gewerbe-  
steuer hätten einzelne Gemeinden nicht mehr tragbare Zu-  
schläge erhoben. — Sodann trug der Syndikus des badischen  
Gastwirtsverbandes eine Entschließung vor, die einstimmig  
angenommen wurde.

Darin werden die Staatsregierung und alle Behörden des  
Landes und der Gemeinden auf die maßlose Sonderbesteue-  
rung und Sonderbehandlung gerade des Wirtschaftsgewerbes  
durch Regierung, Land und Gemeinden aufmerksam gemacht.  
Es wird im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ein Ab-  
bau aller Sondersteuern und Maßnahmen verlangt, die zum  
großen Teil noch Reste der Inflation sind. Die Veram-  
lung protestiert gegen die einseitige Hemmung und Über-  
belastung des einzelnen Gewerbes, das in Gefahr steht, unter  
der ungerechten Bedrückung Existenzmöglichkeit und Arbeits-  
kraft zu verlieren. Die Gastwirte verlangen Gleichberech-  
tigung mit allen anderen Gewerben.

Kommunale Rundschau  
Der Bürgerausschuß Emmendingen hielt eine Reihe von  
Grundstücksveräußerungen für Bauzwecke gegen die Stimmen  
der Kommunisten gut. Es handelt sich um eine Anzahl von  
Bauzwecken, und da ferner die Erstellung von drei Dop-  
pelhäusern durch die Stadtgemeinde, bzw. die dafür erforder-  
lichen Aufwendungen vom Bürgerausschuß bewilligt wurden,  
steht eine rege Bautätigkeit hier bevor. Durch den Verkauf  
eines Bauplats für die Erstellung einer Eisenkonstruktions-  
werkstätte an die Firma Gebr. Geßler, hier, wird ein neues  
Baugelände jenseits der Elz erschlossen. Ferner wurde eine  
neue Gemeindefestung über die Rechte und Pflichten der  
städtischen Beamten bewilligt. Der Vorsitzende machte im An-  
schluß an

### Aus der Landeshauptstadt

Der Preis für Kalbfleisch. Das Kalbfleisch kostet seit 21. d. Mts. je Pfd. 10 Pf. weniger, also 1. Güte 1,20 M., 2. Güte 1,10 M.

**Landestheater.** In der Komödie „Kolportage“ von Georg Kaiser, die am heutigen Samstag, den 22. Nov. unter der Spielleitung von Felix Baumgardt zur hiesigen Erstaufführung kommt, sind in den Hauptrollen die Damen Vertov, Ermarth, Frauendorfer, Roeller, Noorman und die Herren Baumgardt, Bürtner, Göder, Kreuzinger, Müller und Nürnberg besetzt. Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr. — Die sechste Aufführung des neuinstudierten phantastischen Lustspiels „Ein Sommernachtstraum“ von Shakespeare mit der Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy findet am Montag, den 24. November statt. Am Mittwoch, den 26. November geht Friedrich Schillers Tragödie „Othello und sein Ring“ in dem eigenartigen Inszenierungsstil der diesjährigen Neueinstudierung zum viertenmal in Szene. — Am Freitag, den 28. Nov. wird Georg Kaisers Komödie „Kolportage“ zum erstenmal wiederholt. — Die Neueinstudierung von Goethes „Faust“ (1. Teil) gelangt am Samstag, den 29. Nov. zur dritten Aufführung. — In den Kammerspielen im Künstlerhaus geht am Freitag, den 28. November als zweite Aufführung dieser Spielzeit die dreitägige Komödie „Doktor Gullotta“ des in Prag lebenden jungen Dichters Ludwig Winder zum erstenmal in Szene. — Im Konzerthaus gelangt am Sonntag, den 30. November Ludwig Füllas unverwundliches Lustspiel „Jugendfreunde“ nach siebenjähriger Pause neuinstudiert zum erstenmal wieder zur Aufführung.

### Handel und Wirtschaft

#### Börsen und Märkte

**Wochenchau nach dem Stande vom 20. November**  
**Börse:** Das Geschäft an der Börse ist angeregt durch die Ermäßigung der Vorbenutzsteuer und der Effektenprovisionen, belebter. Das Finanzprogramm der Reichsregierung hat die Unternehmungslust des Publikums wesentlich gesteigert. Besonders der Anleihenmarkt, der aus den vielen Erklärungen der Parteien zur Aufwertungsfrage, die der Wahlkampf mit sich brachte, neue Hoffnungen schöpfte, war zu Beginn der Berichtswochen scharf erhöht. Kriegsanleihe stieg bis auf 10,70 Goldmark für 1000 Mark Nennwert. Die Haussee in Anleihen war aber rein spekulativen Charakters und konnte

nicht anhalten. Plötzlich setzte ein ungewöhnlich scharfer Kurssturz ein, der der Spekulation große Verluste brachte; Kriegsanleihe fiel bis auf 8,50 Mark zurück. Das Publikum ist seitdem zurückhaltender und die Kurse schwanken. Im Gegensatz zum Rentenmarkt war der Aktienmarkt gut disponiert und zeigte große Widerstandskraft. Besonders Montanwerte waren sehr fest. Große Beachtung fanden die Goldumstellungen der Dresdener Bank 12,125 : 1 und der Darmstädter und Nationalbank 10 : 1, die erkennen ließen, daß die Zentralbanken doch mehr Substanz gerettet hätten, als man anfänglich angenommen hatte.

**Geldmarkt:** Die Geldverhältnisse sind weiter unverändert günstig. Durch erhebliche Zuflüsse aus dem Ausland hat sich der Geldmarkt wesentlich verflüssigt, auch die steigenden Überschüsse der Reichskassen machen sich indirekt auf dem Geldmarkt bemerkbar. Die inländische Kapitalbildung macht, wie aus dem Anmachsen der Sparkasseneinlagen zu ersehen ist, weitere Fortschritte. Dagegen ist überreichlich zu billigen Sätzen angeboten. Die Geldsätze betragen für Tagesgeld drei Prozent pro Woche und für Monatsgeld 1,5 Prozent. Die Steuerermäßigungen der Regierung haben Befriedigung ausgelöst, doch werden auf die jetzigen Steuerfüße von den Banken als immer noch zu hoch, ja als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet. Bei einem Rückblick auf das letzte Jahr seit Einführung des wertbeständigen Geldes Mitte November 1923 ist auf dem Geldmarkt eine wesentliche Erleichterung und Entspannung doch unüberkennbar. Daß die Entwicklung so langsam geht, ist in der politischen Lage Deutschlands, die sich nach schweren Kämpfen auch nur allmählich zu bessern beginnt, begründet. Auf dem Devisenmarkt ist die Nachfrage kleiner geworden.

**Produktenmarkt:** Die niederen amerikanischen Getreidekurse wirkten auch bei uns preisdrückend, so daß die Notierungen im Inland ziemlich abgeschwächt waren. Angebote aus zweiter Hand suchten weiter die Preise zu unterbieten. Das Mehlgeschäft bewegte sich ruhig, da der Konsum noch ausreichend versorgt ist. In Süddeutschland wurden für Heu und Stroh 6 Mark pro Doppelzentner bezahlt. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 216 (minus 4), Roggen 207 (minus 13), Sommergerste 247 (minus 3), Futtergerste 200 (minus 10), Hafer 174 (minus 6) Mark pro Tonne und Mehl 32 (minus 1) Mark pro Doppelzentner.

**Warenmarkt:** Die Steuererleichterung der Regierung wird als verheißungsvoller Anfang für eine Senkung der Preise begrüßt. Die Preise auf dem Lebensmittelmarkt blieben uneinheitlich. Auf dem Metallmarkt hat sich die Ge-

schäftsfrage gebessert und das Geschäft an Umfang zugenommen. Bestiegen sind die Preise für Kupfer, Zink, Blei, Nickel.  
**Rindmarkt:** Die Preise auf den Schlachtvieh- und Fleischmärkten sind die gleichen geblieben. Der Auftrieb war in allen Gattungen, besonders bei Schweinen, erheblich größer.  
**Holzmarkt:** Auf dem Holzmarkt sind keine nennenswerten Verschiebungen eingetreten. Brennholz wird, der Jahreszeit entsprechend, steigend bewertet. Das Geschäft auf dem Papierholzmarkt hat sich lebhafter und die Nachfrage dringender gestaltet. Da die Lage am Baumarkt jetzt günstiger beurteilt wird und man fürs nächste Jahr mit einer Belebung der Bautätigkeit rechnet, haben sich die Preise für Rohholz weiter befestigt.

**Der Londoner Feingoldpreis.** Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 18. November d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 90 sh, bzw. für ein Gramm Feingold 34,7228 pence.

### Letzte Nachrichten

#### Die Räumung der Räter Zone.

Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ hält es für möglich, daß die britischen Truppen nach der Räumung von Köln Koblenz oder Bonn besetzen. Er nennt es als sicher, daß sie Köln nicht verlassen, damit ihr Platz von den Franzosen eingenommen werde. Der Korrespondent hält es für möglich, daß die Räumung Kölns die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet beschleunigen werde, oder daß die Engländer in Köln bis zur Rückziehung der französischen Truppen bleiben.

### Postbezieher

Die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat Dezember noch nicht erneuert haben, wollen dies unverzüglich tun, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

### Geschäftliches

Bruch, Blasen, Natterdorf, Unterleibs-, Weis-, Nerven-, Rheumatis-, Kropf-, Gallenstein-, Schwerhörige usw. machen wir auf die im heutigen Anzeigenteil erhaltene kostenlose Sprechstunde der Firma Ph. Steuer Sohn, Konstanz, aufmerksam.

Großkürschnerei  
**Wilh. Zeumer**  
 Gegründet 1870 KARLSRUHE Kaiserstr. 125/127

Spezialhaus für **Pelze**  
 für Jacken — Mäntel  
 Kragen — Colliers etc. etc.

Verlangen Sie unser Pelz-Mode-Blatt  
 Zusendung gratis und franko

Unsere **Vorteile**  
 Eigene Großherstellung  
 Ausgesuchte Qualitätsware  
 Fachmännische Beratung u. Bedienung  
 Alles übertreffende Auswahl  
**Am billigsten**  
 Extra-Abteilung **Maßfertigung**

**Das ist ein Bier!!!**  
 Ganz hervorragend.  
 Wie heißt das Schild?  
**Württembergischer Hof**  
 Ecke Uhland u. Goethe Straße  
 Peter Niebes  
**Eichbaumbier**



**L. Schumacher**  
 Juwelen, Gold- u. Silberwaren  
 nebst Verkaufsstelle der Württemb. Metallwarenfabrik Geislingen-St.  
 Neuheiten in preiswerten u. praktischen Weihnachts-Geschenken  
 Karlsruhe  
 Kaiserstrasse 114, 2 Treppen hoch  
 Telefon 2136 (Notladen)

**Badisches Landestheater.**  
 Sonntag, 23. Nov. 6<sup>1/2</sup>, 8<sup>1/2</sup>, 9<sup>1/2</sup> Uhr. Sp. I M. 7.—  
 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2701—3000.  
**Cavalleria rusticana.**  
 Hierauf: **Der Bajazzo.**

**Badische Lichtspiele — Konzerthaus**  
 Samstag, 22. November, 8 Uhr abends, und  
 Sonntag, 23. November, 4 Uhr nachmittags

**2 Lichtbildervorträge**  
**ZEPPELIN**  
 L. Z. 126 D.767

seine Entstehung und seine Fahrten durch Deutschland 1924

Vortragender: Herr **F. Leibor**, Freiburg  
 Die Bilder sind von der Zeppelinwerft zur Verfügung gestellt und werden ergänzt durch herrliche, vorher noch nie gesehene **Farbphotographien** der Geophot Freiburg, aufgenommen durch den Vortragenden während der Deutschlandfahrt des L. Z. 126  
 Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße  
 Preise: M. 1.70, 1.50, 1.— und 0.60  
 Konzerthaus geheizt

**EXCELSIOR-Künstlerspiele**  
 Kaiserstr. 26 Anfang 8.30 Uhr Fernruf 977

Der große  
**November-Spielplan**  
 16.—30.

**LYA COLIN**  
 Spitzentänzerin  
**Betty Warlitz**  
 Stimmphänomen  
**Lisa Zeller**  
 Spitzen- und Verwandlungs-Tänzerin

**Gastspiel**  
**Carlheinz Schumann**  
 Tanzparodist und Conférencier  
**Peperl Schwaiger**  
 die bekannte Stimmungs-soubrette  
**LY and JOLLY**  
 das mondian excentrische Tanzpaar  
**Hans Wienert**  
 Grotesk-Komiker  
**The Original Jazz Band**  
 „4 Erichs“ D.769

Am 1. und 16. jeden Monats Programmwechsel durch Verpflichtung neuer Kunstkräfte  
 An Sonn- und Feiertagen **4 Uhr-Tea** mit Cabarett-Einlagen  
 Eintritt frei! Eintritt frei!

**Bruchleiden**

Boltnissen Krampfader Muttervorfall Schwerhörigkeit  
 Rückgratschw. Fussleiden Unterleibschw. Kropfleiden  
 Nervenleiden Rheumatismus Gallenstein Asthma D.731

sind ohne Operation, ohne Einspritzung, ohne Berufsstörung  
 besserrungsfähig und heilbar, wenn Sie unsere

**bei mehr als 42 000 Patienten**

mit überraschenden Erfolgen bewährten, teils gesetzlich gesch. Spezialrezepturen nach den fachgemäßen Weisungen unseres Arztes anwenden. Wem Gesundheit und Leben lieb ist, wer zwecklose Geldausgaben vor allem verhüten will, begibt sich nicht in die Hände grosser, vielversprechender, herumreisender Händler, Quacksalber und angeblicher Bandagisten, sondern in die Behandlung eines erfahrenen Arztes. Unser wissenschaftlicher ärztlicher Fachvertreter ist persönlich kostenlos zu sprechen Mittwoch, den 22. November, morgens von 8—1 Uhr, in Rastatt, Gasthaus zum Schiff, Mittwoch, den 23. November, mittags von 3—6 Uhr, in Bruchsal, Hotel Gröser Hof.

**Ph. Steuer Sohn** Fabrikation sanit. Konstanz (Baden) Wessenbergstrasse 14/17  
 Spezialartikel

**Kapital.**  
 Zur Anlage von Geldern in prima Hypotheken oder Effekten empfiehlt sich  
**Josef Liebmam**  
 Bankgeschäft  
 Kriegsstrasse 116  
 Telefon 75, 938 und 971

**Metallbetten**  
 Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Privat, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Sahl (Thür.)

**Detektiv** Institut  
 „Argus“  
 Mannheim O. 6. 5.  
 Planken 2. 47  
 Fernspr. 3303  
 A. Maler & Co., G. m. b. H.

**Bürgerl. Rechtspflege**  
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.  
 Konkursverfahren.  
 9.299. Karlsruhe. Über das Vermögen des Walter Hochhäuser & Co. G.m.b.H. i. L. Expedition hier, wurde heute am 20. November 1924, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da der Liquidator Max Schubert, Bücherrevisor hier, die Überschuldung genannter Firma festgestellt hat. Der Rechtsanwalt Dr. Franz Krayer, Karlsruhe, wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 20. Dezember 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und einzutretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf Samstag, den 13. Dezember 1924, vormittags 11<sup>1/2</sup> Uhr, Akademiestraße 4, II. Stock, Zimmer 131 — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 19. Januar 1925, vormittags 11 Uhr. Allen Verfassungen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an die Gemeindeführer zu verabsagen auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 24. Dezember 1924 Anzeige zu machen.  
 Karlsruhe, 20. Nov. 1924.  
 Gerichtsschreiberei des 1. Abt. Amtsgerichts A 5.